



Presseschau vom 08.04.2015:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news und novorosinform* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer)* gekennzeichnet. Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

abends / nachts:

dnr-news. Einer der Verursacher des tragischen Unfalls in Konstantinowka wurde gegen Kautionsfreilassung freigelassen.

Am Dienstag, den 7. April die Militärstaatsanwaltschaft der Garnison Saporoshe die Absicht geäußert Wunsch, die Entscheidung Appellationsgerichtes des Oblast zu überprüfen, den Offizier der ukrainischen Streitkräfte Marian Rak, einer der Täter von dem tragischen Unfall in Konstantinowka - gegen eine Kautionsfreilassung von 60.000 Griwna freizulassen.

Der Militärstaatsanwalt der Garnison Michael Ivlev sagte, dass die Staatsanwaltschaft Untersuchungshaft für erforderlich hält...

Wie wir bereits berichteten, überfuhren am 16. März betrunken ukrainische Militärangehörige mit einem Panzerwagen ein achtjähriges Mädchen, das am Unfallort starb, eine andere Frau mit ihrem Kind musste ins Krankenhaus gebracht werden...

Timer.ua: Der "Volksrat von Bessarabien" berichtet über Repressionen.

Aktivisten des "Volksrates von Bessarabien" werden Repressionen ausgesetzt, der Vorsitzende ist spurlos verschwunden.

Das wird in einer veröffentlichten Erklärung auf der Website der Organisation gesagt. "Der Presse-Service des Volksrats von Bessarabien ist berechtigt mitzuteilen, dass in Bezug auf die Aktivisten Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine regelrechten Terror anwenden", hieß es in einer Erklärung.

So wurden am Vorabend der Gründungskonferenz am 1. April völlig grundlos die Mitglieder des Organisationskomitees und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Alik Wetrow, Sergey Zagoryuk, der stellvertretende Stadtrat von Reni Michael Lewkin sowie die Journalistin Elena Glischinskaya festgenommen. Sie wurden vielen Stunden Verhören und Einschüchterungen ausgesetzt. "

Darüber hinaus ist am 7. April der Vorsitzende des Präsidiums des Volksrats Dmitry Zatuliveter verschwunden, so der Bericht. "Die Suche nach ihm blieb bisher erfolglos Gerüchten zufolge soll er von Geheimdiensten entführt worden sein", heißt es in der

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

Organisation.

"All das gibt uns Grund zu behaupten, dass es Kräfte in der Ukraine gibt, die nicht daran interessiert, die Entwicklung der nationalen Gemeinschaften von Bessarabien zuzulassen. Zur Unterdrückung der Keime der Demokratie wird der Unterdrückungsapparat des SBU verwendet.

Stellt sich die Frage: wie dies mit den europäischen Standards im Bereich der Menschenrechte in Übereinstimmung zu bringen ist? Der Volksrat von Bessarabien protestiert auf heftigste gegen die illegalen Aktionen des SBU.

Wir werden weiter über die Situation rund um unsere Mitarbeiter informieren. Wir unternehmen Anstrengungen, um den Vorsitzenden des Präsidiums des Parlaments Dmitry Zatuliveter zu finden“, betonen die Autoren der Erklärung.

Vormittags:

Dnr-news: Die Verfassungsreform der Ukraine ist nicht nur auf die Begrenzung der Dezentralisierung gerichtet – die ihrer Arbeit am Montag plant die Verfassungskommission auch eine Beschneidung der Menschenrechte und Freiheiten. In der Sendung "Redefreiheit" sagte der Sprecher des Parlaments und Leiter der Kommission Vladimir Groisman auf die Frage, ob es eine neue Version der deklarativen Artikel geben werde: "Ich denke, wir müssen das politisch überwinden. ..."

Als Beispiel nannte Groisman den Artikel der Verfassung zur kostenlosen medizinischen Versorgung und fügte hinzu, dass es in der Tat in der Ukraine keine kostenlose Behandlung mehr gebe, „denn das System ist beschädigt und muss reformiert werden“. Die Hoffnungen auf eine Verbesserung in der Medizin verbindet Groisman mit der Dezentralisierung, weil dann die lokalen Behörden in der Lage seien, eigenständig die Entwicklung des Gesundheitssystems voranzutreiben....

Rusvesna.su: In Lwiw (Lemberg) wurde eine Wand in einem der Tempel mit den "heiligen Teilnehmern der Strafoperation" aufgehübscht:

Die Bilder der Militärs in Sturmhauben mit Heiligenscheinen über ihren Köpfe und Waffen in ihren Hände schockierten die Gemeindemitglieder: einer der Bewohner von Lemberg hat das Foto der Tempelwände im Internet gepostet und schrieb dazu: "Kein Kommentar".

Solche darstellende Kunst ist in der Ukraine inzwischen recht verbreitet.

Im Jahr 2014 malte der Künstler Roman Bonchuk eine Bild -Ikone "Himmlische Hundert", das porträtiert die während des Zusammenstoßes an dem Maidan-Platz getöteten Aktivisten.

Das Gemälde ist in der Form der Ikonewand der königlichen Türen mit Porträts der "Himmlischen Hundert" ausgeführt. Vom Himmel überschatten sie die Gottesmutter und Erzengel. Der Künstler erklärte, auf seine Schöpfung hin hat ihn der ehemalige Leiter der Ukrainischen griechisch-katholischen Kirche, Kardinal Ljubomyr Husar gesegnet, der auch in der Malerei dargestellt ist.

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/lvov_svyatye_karateli_1.jpg?itok=zrcyz2my

Dnr-online.ru: Der Unabhängigkeitserklärung der DVR liegen grundlegende Dokumente der UNO zugrunde, dennoch erkennen die Mitgliedsstaaten der UNO die Unabhängigkeit der DVR nicht an. Bei einem Treffen mit Journalisten kommentierte der Autor der Deklaration über die Souveränität der DVR der Abgeordnete des Volkssowjets der DVR Boris Litwinow diese Tatsache.

„Die UNO hat sehr viele grundlegende Dokumente und eines widerspricht dem anderen. Beispielsweise existiert das Prinzip der territorialen Integrität eines Staates, und auf der anderen Seite gibt es das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, das wir genutzt haben. Aus meiner Sicht müssen diese Dokumente behandelt werden wie es dem Volk nützt, das auf dem gegebenen Territorium lebt. In Kiew behauptet man, dass sie ein einheitlicher Staat sind, aber drücken sie etwa unseren Willen aus? Jetzt drückt das Volk selbst seinen Willen aus, das heute unseren neuen Staat aufbaut“.

Dnr-online.ru: Am 7. April erläuterte während eines Gesprächs mit Journalisten der Abgeordnete des Volkssowjets der DVR Boris Litwinow die Kennzeichen der Herausbildung des Staates.

„Seit den ersten Tagen der Ausrufung der Republik hatten wir ein hauptsächliches Ziel: Wir mussten die Staatsorgane schaffen, Organe der Staatsmacht, die fähig sind, die Wahl des Volks zu verteidigen. Und wir haben das getan: Wir haben ein Staatsoberhaupt, ein Parlament und eine Regierung, örtliche Leitungsorgane, wenn auch noch nicht vollständig, aber wir haben schon eine bestimmte Etappe in unseren Entwicklung hinter uns gebracht. In der Frage des Währungs- und Finanzsystems müssen wir noch sehr viel tun. Wir haben ein ökonomisches Modell erarbeitet, das auf einer zielgerichteten Planung unserer Wirtschaft operiert. Zurzeit befindet sich dieses Programm zur Prüfung im Justizministerium der RF und wir haben schon zwei positive Gutachten von hochrangigen Experten erhalten. So können in der nächsten Zeit die gesellschaftlichen und politischen Kräfte der DVR eine neue Sicht, neue Wege der Entwicklung unserer neuen Republik vorschlagen“, fügte Litwinow hinzu.

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

novorossia.su: Kein einziger Vertreter der Ukraine wird an der 9. Mai Siegesparade in Moskau teilnehmen, weil "die Feier des Sieges in Russland - Blasphemie" sei, sagte der Außenamtssprecher Yevhen Perebiynis während einer Pressekonferenz. Dies wurde von RIA Novosti unter Berufung auf UNIAN berichtet.

Die Entscheidung, an den russischen Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag des Sieges über den Faschismus nicht teilzunehmen, begründet das ukrainische Außenministerium mit der sogenannten russischen Aggression gegen die Ukraine. "Die Siegesfeier in einer solchen Situation ist nur als Gotteslästerung zu beschreiben", sagte Perebiynis.

Außerdem betonte ein Vertreter des Außenministeriums, dass die Ukraine eine "Solidarität mit dem Aggressor" nicht duldet, und die Teilnahme der Führer verschiedener Länder an der Siegesparade in Moskau "wird die bilateralen Beziehungen zwischen der Ukraine und dieser Staaten beeinträchtigen". Welche Art von Reaktion von der Ukraine zu erwarten ist, wird in der Veröffentlichung nicht ausgeführt.

De.sputniknews.com: Muss Tschechiens Präsident seine Teilnahme an der Siegesparade in Moskau selbst bezahlen?

Tschechiens Präsident Miloš Zeman wird zu den Siegesfeierlichkeiten nach Moskau auf eigene Kosten reisen müssen, sollte die tschechische Regierung seinem Moskau-Besuch nicht zustimmen, wie die Rundfunkanstalt „Radio Praha“ berichtet.

Laut dem tschechischen Vize-Premier und Chef der christdemokratischen Partei KDU-ČSL Pavel Bělobrádek ist Zemans mögliche Anwesenheit bei der Siegesparade am 9. Mai die Schlüsselfrage bei der Billigung seines Moskau-Besuches.

Zeman hatte Ende März bekräftigt, dass er am 9. Mai in Moskau an den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag des Sieges über Hitler-Deutschland teilnehmen werde.

Nachdem der US-Botschafter in Prag, Andrew Shapiro, die Absicht des Präsidenten kritisiert hatte, sagte Zeman in einem Interview für die tschechische Online-Ausgabe „Parlamentní listy“, dass er sich nicht vorstellen könne, dass der tschechische Botschafter in Washington dem amerikanischen Präsidenten Ratschläge darüber gibt, wo er hinfahren soll.

„Ich gestatte es keinen Botschaftern, sich mit Ratschlägen zu meinen Auslandsreisen einzumischen“, sagte Zeman. „Ich denke, dass die Tore der Prager Burg (Residenz des tschechischen Präsidenten) für den Botschafter Schapiro nach seinen Äußerungen geschlossen sind“, fügte der tschechische Präsident hinzu.

Dan-news.info: Das Verteidigungsministerium der DVR hat heute der Information des Streitkräfte der Ukraine über den Beschuss ukrainischer Positionen durch schwere Artillerie widersprochen.

„Wir wenden keine schwere Artillerie an. Solche Erklärung der ukrainischen Streitkräfte sind darauf gerichtet, uns zu diskreditieren und die Möglichkeit zu bekommen, unsere Positionen mit schweren Waffen zu beschießen“.

Die OSZE überprüft täglich die Positionen der Armee der DVR und bisher „wurden keinerlei Verstöße entdeckt“.

Heute hatte das Pressezentrum der ukrainischen Streitkräfte erklärt, dass am 7. April von 18 Uhr bis Mitternacht die DVR angeblich Positionen der Streitkräfte aus Artilleriegeschützen von 122mm Kaliber beschossen hat.

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

Dan-news.info: Spezialisten des Zivilschutzministeriums der DVR haben in den letzten 24 Stunden im Amwrosijewskij-Bezirk 237 nicht explodierte Artilleriegeschosse gefunden, teilt der Pressedienst des Ministeriums mit.

de.sputniknews.com: Moskau würde auf antirussische Propaganda der deutsch-ukrainischen Historikerkommission zur Erforschung der ukrainischen Geschichte reagieren, schreibt die Zeitung „Iswestija“ am Mittwoch.

Die Geschichte der Ukraine soll „ohne politische Voreingenommenheit“ mit Hilfe der deutsch-ukrainischen Kommission neu erforscht werden. Die Kommission wurde auf Betreiben von deutschen Historikern ins Leben gerufen. Zu der Kommission gehören zehn Professoren – jeweils fünf von jeder Seite.

Laut deutschen Medien hat sich die Kommission zum Ziel gesetzt, der Ukraine zu einer eigenständigen politischen Gestalt zu verhelfen sowie der Ideologisierung der historischen Ereignisse und den Manipulationen der Putin-Propaganda entgegen zu wirken.

Wie der Vorsitzende des Deutschen Historikerverbandes, Martin Schulze Wessel, betonte, wurde die Ukraine in der deutschen Wahrnehmung, teilweise auch in der Fachwissenschaft, allzu lange nur als Zwischenraum oder als Einflussosphäre ohne eigene Geschichte wahrgenommen.

Die Historiker wollen den Holodomor (Hungersnot), mehrere Gewalterscheinungen von 1930 bis 1940 sowie die „einseitige Darstellung der historischen Persönlichkeiten wie Stepan Bandera“ erforschen.

In Moskau betrachtet man die gegründete Historikerkommission mit Skepsis. Wie der Vorsitzende des Staatsduma-Ausschusses für Auswärtiges, Alexej Puschkow, sagte, ist keine objektive Einschätzung der historischen Ereignisse zu erwarten, wenn Politik und geopolitische Ziele eine so große Rolle spielen. Zudem werde die ukrainische Seite dabei eine neue offizielle nationalistische Ideologie der Ukraine vertreten...

Anm. d. Übers. - Wiederholt sich die Geschichte? Auszug aus Wikipedia zur Geschichte der Ukraine:

„...Der ukrainische Historiker Mychajlo Hruschewskyj schuf Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts in Lemberg die Grundlage für eine ukrainische Nationalbewegung, indem er der Auffassung eines einheitlichen ostslawischen (russischen) „Stromes der Geschichte“ sein Schema einer getrennten Entwicklung der Völker der Russen und Ukrainer entgegenstellte. Daraufhin begannen sich in Kiew Kräfte zu formieren, die eine Unabhängigkeit von Russland einforderten. Während des Ersten Weltkriegs unterstützte das Deutsche Reich die Separationsbemühungen der Ukrainer als Kriegsmittel zur Schwächung Russlands. Unter anderem wurden bis zu 50.000 Kriegsgefangene ukrainischer Herkunft durch Unterricht in ukrainischer Geschichte und Vermittlung (pseudo-)sozialistischer Ideen in deutschen Kriegsgefangenenlagern ausgebildet, um mit sozialen Unruhen und Nationalismus den Kriegsgegner zu schwächen. Diese kamen jedoch nicht mehr zum Einsatz. Dennoch vertraten einige polnische Nationalisten die Theorie, Ukrainer gebe es eigentlich gar nicht, sie seien eine deutsche Erfindung.... „siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_der_Ukraine#Zwischen_Russland_und_.C3.96sterreich“

Dan-news.info: Nach der Befreiung von Debalzewo von der Besetzung durch die ukrainischen Truppen sind ca. 8000 Menschen in die Stadt zurückgekehrt, teilte der Leiter der Stadtverwaltung Alexandr Afendikow mit.

„In dem Moment, als wir die Stadt befreit haben, waren hier ca. 4500 Menschen, heute sind 12500 offiziell registriert“, sagte der Bürgermeister.

Afendikow erzählte auch, dass die humanitäre Hilfe aus der RF, von internationalen

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

Organisationen, einschließlich des Roten Kreuzes und von „Ärzten ohne Grenzen“ und von individuellen Sponsoren es erlaubt, auf einen Wiederaufbau der Stadt, die ernsthaft durch den Krieg geschädigt wurde, bis Ende des Jahres zu hoffen.

„Bis April läuft die Periode der Untersuchung aller Zerstörungen, ab Mitte April beginnt die Aufbauperiode, dies ist die zweite Etappe des Wiederaufbaus der Stadt“, sagte der Leiter der Stadt. „Wir planen als ganze, neue Stadt in den Winter zu geben, sogar besser als zuvor“. Nach Vorkriegsdaten lebten Anfang 2014 in Debalzewo mehr als 25.000 Menschen. Die Stadt wurde am 18. Februar von den Okkupanten befreit, beim Abzug zerstörten die ukrainischen Truppen die Infrastrukturobjekte und führten eine großflächige Verminung durch.

Rusvesna.su: Die Kiewer protestierten gegen die Ernennung von Ausländern in der ukrainischen Regierung, aber auch gegen die Einmischung der Amerikaner und Europäer in die staatliche Verwaltung.



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/ukraincy-navoz_0.jpg?itok=XyGEeb5p

Etwa zweieinhalb Tausend Ukrainer, die nicht mit der Ernennung von Ausländern in der ukrainischen Regierung, sowie mit der Einmischung der Amerikaner und Europäer in die staatliche Verwaltung einverstanden sind, versammelten sich am 1. April vor dem US-Botschaftsgebäude...

Sie hielten Spruchbänder "Wir sind nicht Vieh!" und gaben dabei imitierende Tier-Laute von sich.

Am Ende der Protestveranstaltung bewarfen die Protestierenden das US-Botschaftsgebäude mit Mist. Es wird darauf hingewiesen, dass der Videoclip von dieser Protestaktion von allen ukrainischen Webseiten entfernt wird und die Benutzer blockiert werden.

Die ukrainischen Journalisten berichteten über das Ereignis fast gar nichts.

https://www.youtube.com/watch?v=ElrEaSx652U&feature=player_detailpage

Dan-news.info: „In den letzten 24 Stunden wurden 45 Verstöße gegen das Regime der Feueinstellung von Seiten ukrainischer Soldaten festgestellt“, teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit. „In der Folge wurde ein Kämpfer der Milizen getötet, drei verletzt“.

„Beschossen wurden die Ortschaften Shabitschewo, Spartak, Schirokino. Gorlowka sowie der Flughafen von Donezk und die Ortschaft Oktjabrskij.“ Es wurden Panzerwaffen, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

Lug-info.com: Die Kiewer Streitkräfte haben mit zwei Panzern Positionen der Volksmiliz der LVR im Bezirk Slawjanoserbsk beschossen, teilte heute ein offizieller Vertreter des Volksmiliz mit...

Die Information wurde an Vertreter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feuereinstellung weitergegeben.

Verletzt wurde durch den Beschuss niemand.

Nachmittags:

Lug-info.com: Erklärung des Bevollmächtigten der LVR bei den Minsker Verhandlungen
Wladislaw Dejnego

Alle haben schon ein wenig angefangen, sich an die Logik des neuen ukrainischen Präsidenten zu gewöhnen: zu jedem „Ja“ gibt es ein „Nein“. Und die Wünsche für die Verfassungskommission waren in ihrer Weise höchstes Jesuitentum – dass nach eurer Diskussion alles so wird, wie ich es gesagt habe. Er sagt „ja“ zur Dezentralisierung bis zur untersten Ebene – der territorialen Gemeinde, und verkündet dabei das Anwachsen der Rolle des Zentrums nicht nur in den Fragen der Verteidigung oder der nationalen Sicherheit, sondern auch bei der Sicherung der Rechte und Freiheiten der Bürger. Er verspricht die örtliche Besonderheit in den Fragen von Sprache, Glauben, historischem Bewusstsein zu berücksichtigen, aber dabei erklärt er, dass die ukrainische Sprache die einzige Staatssprache bleibt und fordert die Haftung für „separatistische Erklärungen“ zu verstärken. Dies bedeutet, dass die Dezentralisierung ein einfacher Anschein für das europäische Publikum ist, eine Marionettendemokratie. Das Kommando im Staat wird die total korrumpierte, bis in die Knochen banderanazistische Führung unter Leitung ihre „Hochwichtigkeit“ haben. Mit der einen Hand schenkt der Präsident „allergnädigst“ Freiheit und Recht, damit er sie mit der anderen Hand wieder an sich nehmen kann.

Was von den Wohltaten Poroschekos zu erwarten ist, zeigt der offene Betrug mit einer grundlegenden Forderung des Maßnahmekomplexes – Punkt 11 – Durchführung von Verfassungsreformen, einschließlich einer Dezentralisierung als Schlüsselement, „in Konsultation und Übereinstimmung mit den Vertretern der einzelnen Gebiete der Oblaste Donezk und Lugansk im Rahmen der Dreiseitigen Kontaktgruppe“. Im Rahmen der Kontaktgruppe gibt es nur Vertreter der DVR und der LVR – andere nicht! Mit ihnen ist er verpflichtet einen Dialog zu führen, aber gerade die Forderung ignoriert er ständig. Unter ihrer Teilnahme müssen in Arbeitsgruppen grundlegende Parameter der Verfassungsreform formuliert werden, aber die Bildung von Arbeitsgruppen wird faktisch von der ukrainischen Seite blockiert. Obwohl die Volksrepubliken die einzige Kraft sind, die fordert eine reale und nicht dekorative Dezentralisierung durchzuführen.

Poroschenko rechnet mit Europa, das seiner Verhandlungsfähigkeit geglaubt hat, mit falschen Münzen ab. Die Fälschung des ukrainischen Präsidenten wurden in Frankreich bereits bemerkt und wird gekonnt in den Veröffentlichungen der Zeitung Le Monde angedeutet. Aber, indem er erfolgreich seine nativen EU-Schutzherren an der Nase herumführt, fährt er fort Reformen zu imitieren. Wenn die Verfassungskommission dem „Vermächtnis“ des Präsidenten folgt, wird das ganze Land von unten bis oben auch den Preis seiner Verhandlungsfähigkeit erfahren. Die Arbeit der Verfassungskommission ohne Teilnahme von Vertretern der LVR und DVR ist eine Fiktion im Kontext des Minsker Maßnahmekomplexes. Und die Benennung von Prioritäten für die Verfassungskommission durch Poroschenko unterstreicht ein weiteres Mal, dass Kiew nicht daran denkt, in den Kontext der friedlichen Lösung des Konflikts im Donbass zurückzukehren.

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

de.sputniknews.com: Schwere Korruptionsvorwürfe gegen den ukrainischen Regierungschef Arseni Jazenjuk sind auf Turbulenzen im Parlament hinausgelaufen. Eine Gruppe von Abgeordneten fordert eine dringende Untersuchung. Die Opposition bescheinigt dem Kabinett Versagen in Sachen Wirtschaft. Jazenjuks Mitstreiter fordern, keine Krise zu provozieren.

Die russische „Nesawissimja Gaseta“ zitiert am Mittwoch den ukrainischen Politik-Experten Witali Bala mit den Worten: „Jazenjuks Zustimmungswerte sind mittlerweile von 22 auf höchstens vier Prozent zurückgegangen. Das ist eine Bewertung seiner Tätigkeit, oder? Die Menschen haben von ihm Reformen erwartet. Sie haben ihm nicht widersprochen und nicht protestiert. Sie haben ihm Zeit gegeben. Und was haben sie bekommen?“

So kommentierte der Experte die jüngsten Turbulenzen im ukrainischen Parlament. Schwere Korruptionsvorwürfe gegen den Regierungschef hatten am Montag eine Sitzung des parlamentarischen Schlichtungsrates veranlasst. Dabei wurde vorgeschlagen, eine Untersuchungskommission einzusetzen. Die Vorwürfe stammen vom kürzlich entlassenen Chef der ukrainischen Finanzaufsicht Nikolai Gordijenko. Dieser bescheinigt dem Kabinett Machenschaften in Höhe von umgerechnet 326 Millionen US-Dollar. Eine Gruppe von Abgeordneten blockierte am Dienstag die Tribüne im Parlamentsaal und forderte eine Untersuchung.

Jazenjuk weist den Vorwurf strikt zurück. Er sagte in einem TV-Interview, keiner der amtierenden Regierungsbeamten habe mit diesem Geld etwas zu tun. Die entsprechende Finanzprüfung beziehe sich auf die Präsidentschaft des mittlerweile gestürzten Viktor Janukowitsch. Gordijenko wolle das derzeitige Kabinett nur diskreditieren und suche für diese Zwecke politische Unterstützung bei der Opposition, so Jazenjuk. Er attestiert dem Ex-Chef der Finanzaufsicht Voreingenommenheit und Amtsmissbrauch und begründet damit seine Entlassung.

Juri Boiko, Fraktionschef des „Oppositionellen Blocks“, kritisierte die Wirtschaftspolitik der Regierung: „Das Bruttoinlandsprodukt ist im ersten Quartal um 15 Prozent geschrumpft. Die Inflation beträgt 38 Prozent. Die Preise haben sich verdoppelt. Die Menschen begreifen ausgezeichnet, wer dafür verantwortlich ist. Die Regierung ist zu einem Anhängsel des IWF mutiert. Alle Fehlschläge in der Wirtschaft führt man auf den Krieg zurück, den viele für ihre Bereicherung instrumentalisieren.“

Sergej Paschinski von Jazenjuks Partei „Volksfront“ warnte aber davor, einen politischen Skandal um den Regierungschef zu provozieren. Eine politische Krise werde nur Russland Vorteile bringen, deshalb müsse das ukrainische Parlament diese Krise verhindern.

Paschinski beteuerte, das Parlament werde die Korruptionsvorwürfe gegen den Regierungschef ordentlich untersuchen, daher gebe es keinen Anlass für einen Skandal. Falls die Untersuchung den Kabinettschef sein Amt kostet, könnte die regierende Koalition zerfallen, bevor sie die neue Verfassung verabschiedet hat. Diese Verfassung soll laut den Autoren die Grundlage für eine friedliche Koexistenz der ukrainischen Regionen bilden. Ein ukrainischer Abgeordneter sagte dem russischen Blatt: „Eine Verzögerung mit der Verfassung wäre tödlich. Wenn wir eine Dezentralisierung des Landes nicht rechtzeitig einleiten, wird Russland davon Gebrauch machen, um die Ukraine von innen zu zerrütten.“

Der Politik-Experte Bala befürchtet allerdings keine politische Katastrophe wegen eines eventuellen Rücktritts von Jazenjuk: „Die regierende Koalition kann ja einen anderen Ministerpräsidenten und neue Minister ernennen. Es gibt im Land genug professionelle, kompetente, verantwortungsvolle und rechtschaffene Menschen (...) Unabhängig davon, ob die Abgeordneten der Koalition angehören, können sie für das neue Grundgesetz stimmen, das die Ukraine so dringend braucht. Doch falls die Abgeordneten das nicht tun (wegen ihrer politischen Motive, Parteiinteressen oder gekränkten Gefühle), werden die Menschen ihnen zeigen, was eine richtige Krise ist.“

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

Lug-info.com: Alle Dokumente, die von Kiewer angeblich im Rahmen der Realisierung der Minsker Vereinbarungen beschlossen wurden, widersprechen diesen Vereinbarungen und sind von Anfang nicht funktional, was von einer Imitation der in der weißrussischen Hauptstadt erzielten Absprachen durch die ukrainische Regierung zeugt. Dies erklärte heute der Teilnehmer an den Minsker Verhandlungen von Seiten der LVR Sergej Kosjakow als Kommentar zu der heute in der Zeitung der Obersten Rada der Ukraine veröffentlichte sogenannte Liste der Bezirke und Ortschaften des Donbass, auf die sich die Wirkung des Gesetzes über den besonderen Status erstreckt.

Nach der Veröffentlichung tritt der Beschluss der Obersten Rada „Über die Bestimmung der einzelnen Bezirke, Städte, Ortschaften und Dörfer der Oblaste Donezk und Lugansk, in denen eine besondere Ordnung der örtlichen Selbstverwaltung eingeführt wird“ formal in Kraft. Aber im Licht der im Februar von der Rada angenommenen Beschlüsse und Änderungen am Gesetz über den besonderen Status des Donbass wird faktisch das Wirken des heute veröffentlichten Beschlusses auf unbestimmte Zeit verschoben.

Zudem hatten Vertreter der LVR und DVR mehrfach erklärt, dass der Text des genannten Beschlusses nicht mit ihnen abgestimmt ist, dass er den Bestimmungen des Maßnahmekomplexes zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen widerspricht. Außerdem werden in dem Beschluss keine Ortschaften und Territorien bestimmt, auf die sich der „besondere Status“ erstreckt, sondern nur eine Grenzlinie zwischen den Kiewer Truppen und den Milizen der Republik.

„Die ukrainische Seite schafft nur eine Imitation irgendeiner Arbeit, aber tatsächlich funktionieren alle Dokumente, die sie annehmen, nicht“, erklärte Kosjakow.

Er erinnerte daran, dass im Maßnahmekomplex eindeutig bestimmt ist, dass alle gesetzgeberischen Akte, die in Zusammenhang mit den sich in der Konfliktzone befindlichen Territorien des Donbass angenommen werden, mit den Vertretern der LVR und DVR abgestimmt werden müssen.

„Aber sie fahren ohne Abstimmung mit uns fort zu beschließen, was sie wollen, ungeachtet der Vereinbarungen“, sagte der Teilnehmer der LVR an den Minsker Vereinbarungen.

„Entsprechend behalten wir uns das Recht vor, diese Dokumente exakt zu erfüllen“, meint er.

de.sputniknews.com: Der griechische Regierungschef Alexis Tsipras hat sich bei seinem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin für einen Neustart der Beziehungen zwischen den beiden Staaten ausgesprochen.

„Das Ziel meines Besuches ist es, dass wir einen Neustart in unseren Beziehungen machen“, sagte Tsipras am Mittwoch im Kreml. Dies würde im Interesse des griechischen und des russischen Volkes liegen und Europa mehr Stabilität und Sicherheit bringen. Putin sprach sich seinerseits für einen Ausbau des gegenseitigen Handels aus. „Erst vor kurzem war Russland der größte Handelspartner Griechenlands gewesen“, sagte der russische Staatschef. Von 2009 bis 2013 habe sich der gegenseitige Handel verdoppelt. Doch im vergangenen Jahr habe es einen Rückgang um fast 40 Prozent gegeben. „Wir müssen überlegen, was wir beide tun könnten, um das einstige Wachstumstempo wieder zu erreichen“, sagte Putin zu Tsipras.

Vor dem Hintergrund der gegenseitigen Sanktionen der EU und Russlands war der bilaterale Handel zwischen Russland und Griechenland im vergangenen Jahr nach russischen Angaben um 39 Prozent auf 4,17 Milliarden US-Dollar gesunken. Russland liefert Rohöl, Ölprodukte und Gas nach Griechenland und exportiert Obst, Gemüse, Fisch und andere Lebensmittel.

Die vorige Regierung Griechenlands hatte im vergangenen Jahr die Sanktionen unterstützt, die die Europäische Union im Ukraine-Konflikt – auf Drängen der USA – gegen Russland verhängt hatte. Die neue griechische Regierung lehnte schärfere Sanktionen gegen Russland ab. Im März bat Griechenland Russland um eine Lockerung des Agrar-Embargos, das Moskau im August als Reaktion auf die EU-Sanktionen verhängt hatte. Kurz danach

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

hieß es aus Moskau, dass eine Lockerung des Importverbots gegen einzelne EU-Staaten möglich wäre.

Mit seinem heutigen Moskau-Besuch hat Alexis Tsipras für Unmut und rger bei seinen EU-Partnern gesorgt. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz hat den griechischen Regierungschef gewarnt, "die Einigkeit der Europäer aufs Spiel zu setzen".



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30182/37/301823700.jpg>

Dan-news.info: Auf die Seite der Donezker Nachrichtenagentur erfolgte heute durch eine DDOS-Attacke, was zu einem längeren Ausfall ihrer Funktion führte. Der Zugang zu der Seite wurde gestört, ihr Inhalt wurde nach 11:00 nicht geupdatet. Daher werden etliche Materialien verspätet auf der Seite erscheinen. Spezialisten sagen, dass die Agentur mit einer gut durchdachten, technologisch perfekten Attacke konfrontiert war, die nicht von Laien hätte durchgeführt werden können. Die Seite unterlag schon mehrfach DDOS-Attacken, vor allem im Januar 2015, aber ihre Intensität war weitaus geringer als jetzt.

Dan-news.info: Indem Kiew die übernommenen ökonomischen Verpflichtungen nicht erfüllt, geht es zum Nein zu den Ergebnissen des Minsker Verhandlungsprozesses über, meint die Vorsitzende des Komitees des Volkssowjets der DVR zu Fragen des Budgets und der Steuerpolitik Marina Shejnowa.

„Kiew durchkreuzt faktisch die Minsker Vereinbarungen, sowohl die im Februar diesen Jahres unterschriebenen als auch die vom September des letzten Jahres“, erklärte die Abgeordnete.

„In Donezk und den Regionen ist ein Banksystem eingerichtet, ein Budget der DVR für das erste Halbjahr 2015 wurde aufgestellt und befindet sich im Abstimmungsprozess im Ministerrat der DVR, es wurde ein Gesetzesentwurf „ber das Haushaltssystem“ aufgestellt, die Renten werden ausgezahlt. Aber dies befreit Kiew nicht von der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen, darunter auch die Nachzahlung der Renten- und Sozialzahlungen an die Bürger, das es bis heute als die seinigen betrachtet.“

Die Leiterin des Haushaltskomitees fügte hinzu, dass die DVR immer bereit ist, den Dialog im Rahmen der Minsker Vereinbarungen fortzuführen. Insbesondere sind in Übereinstimmung mit dem Manahmenkomplex vom 12. Februar von Seiten der DVR schon vier Unterarbeitsgruppen geschaffen worden, die im Rahmen der Kontaktgruppe zur friedlichen Regelung funktionieren sollen.

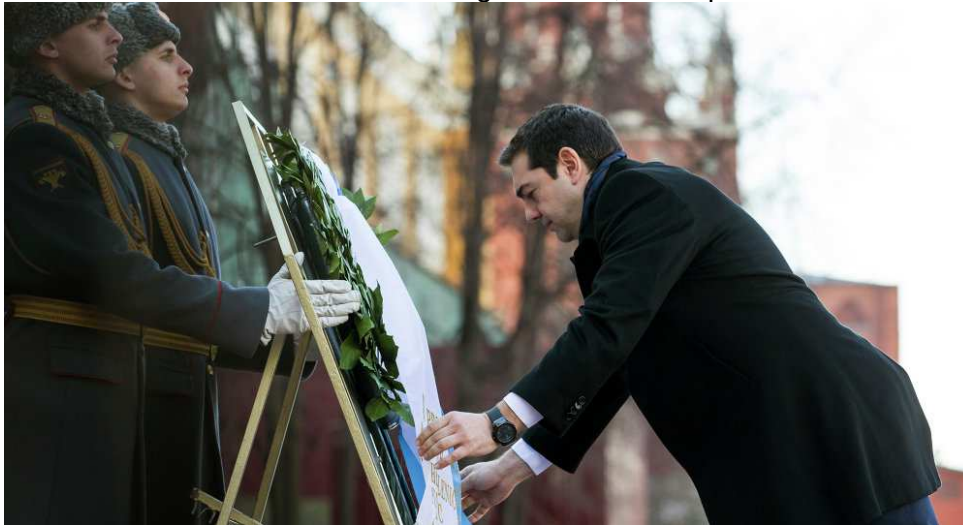
„Kiew beschäftigt sich aber weiterhin mit politischen Abenteuern und tut so, als wären die Minsker Vereinbarungen für es nicht bindend. Eine solche Situation kann in eine Sackgasse führen und alle Vereinbarungen durchkreuzen, die mit solcher Mühe erreicht wurden“.

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

de.sputniknews.com: Griechenlands Premier Alexis Tsipras hat am Mittwoch in Moskau bei einer Gedenkzeremonie für die im Zweiten Weltkrieg gefallenen sowjetischen Soldaten Blumen am Grabmal des Unbekannten Soldaten an der Kremlmauer niedergelegt. Seinen Worten zufolge hat er damit das Andenken an die Millionen Menschen geehrt, die ihr Leben für den großen Sieg der Völker Europas hingegeben haben. Griechenland habe im Zweiten Weltkrieg große Verluste erlitten, so Tsipras.

Wie Tsipras zum russischen Präsidenten Wladimir Putin sagte, der an der Gedenkzeremonie teilnahm, bestehen zwischen Griechenland und Russland enge Beziehungen, da die beiden Völker im Zweiten Weltkrieg gemeinsam gekämpft und eine gemeinsame geistige Tradition bewahrt haben. „Diese Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern sind unabhängig von verschiedenen Umständen erhalten geblieben“, so Tsipras.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30182/63/301826349.jpg>

Dan-news.info: Die Mitteilung der ukrainischen Massenmedien, dass OSZE-Beobachter gestern angeblich an einem Checkpoint der Milizen der DVR in Schirokino „beschossen“ wurden, entspricht nicht der Wirklichkeit. Dies teilte heute der stellvertretende Kommandeur der Milizen der DVR Eduard Basurin mit.

„Zum wiederholten Mal verdrehen kontrollierte ukrainische Massenmedien die Fakten, tragen sie an die Weltöffentlichkeit in einer für sich nützlichen Richtung heran, indem sie behaupten, dass sich Vertreter der Beobachtermission der OSZE in Schirokino unter Beschuss von Soldaten der DVR befanden“, erklärte Basurin.

Nach den Worten des Vertreters des Verteidigungsministeriums der DVR wurden gestern am nördlichen Rand von Schirokino Fahrzeuge der OSZE-Mission von Soldaten der DVR angehalten.

„Ein Vertreter der Beobachtermission der OSZE kam aus dem Fahrzeug und begab sich in Richtung der Schützengräben, danach war ein Warnschuss in die Luft zu hören“, teilte Basurin mit. „Der Vertreter der OSZE-Mission wurde vor systematischem Beschuss des gegebenen Abschnitts der Straße in den letzten zwei Wochen von der Position der ukrainischen Truppen aus gewarnt. Danach setzte die OSZE-Patrouille den Weg in Richtung der Ortschaft Besymennoje fort. Beim Abfahren des angegebenen Abschnitts überzeugten sich die Vertreter der Mission von den Folgen der angegebenen Beschüsse und registrierten die Überreste der durch Abwehrgeschütze und großkalibrige Maschinengewehre vernichteten Transportmittel“.

Der stellvertretende Kommandeur unterstrich, dass die von ihm vorgetragene Fakten der Information entsprechen, die im offiziellen Presse-Release der OSZE enthalten ist.

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

Dan-news.info: In der Hacker-Attacke auf die Donezker Nachrichtenagentur ist eine amerikanische Spur zu sehen. Diese Auffassung vertrat heute der Sprecher des Volkssowjets der DVR Andrej Purgin.

„Nach Kiew fahren zurzeit massenhaft Spezialisten aus Amerika. Wir sehen nur die, die kommen, um die Nationalgarde und die „Freiwilligenbataillone“, die sich formiert haben und sich noch formieren werden, zu trainieren. Aber es ist für niemanden ein Geheimnis, dass in die Ukraine auch eine große Zahl anderer amerikanischer Spezialisten kommt“, sagte er.

„Das ist eine Spur von dort“, fuhr Purgin fort. Nach seinen Worten ist es praktisch unmöglich, eine solche Attacke mit den Kräften „nur von irgendwelchen Leute aus der „Ukrainskaja Prawda“ oder sonst jemanden“ zu organisieren. „Nun, sie können sie für eine halbe Stunde, für 10 Minuten blockieren. Jetzt sind hier Kräfte von außen dabei, die vorgehen wie bei sich zu Hause“, erklärter der Vorsitzende des Parlaments der DVR.

Wir fügen hinzu, dass es den technischen Spezialisten inzwischen gelungen ist, die Arbeit der Agenturseite zu stabilisieren.

de.sputniknews.com: Das Lebensmittelembargo, das Russland gegen die Europäische Union als Antwort auf deren Sanktionen verhängt hat, bleibt trotz der Bitten aus Athen auch für Griechenland in Kraft. Laut Russlands Präsident Wladimir Putin sind keine einzelnen Ausnahmen möglich.

„Wir verstehen, dass Griechenland gezwungen war, für die Sanktionen gegen Russland zu stimmen“, sagte Putin am Mittwoch beim Treffen mit dem griechischen Regierungschef Alexis Tsipras im Kreml. Laut Putin entfielen etwa 50 Prozent der griechischen Lieferungen nach Russland auf Landwirtschaftserzeugnisse. „Aber wir konnten einfach nicht anders entscheiden. Und wir können keine Ausnahme für ein Land der EU machen.“

Zugleich sprach sich Putin für die Gründung von Gemeinschaftsunternehmen aus, um die Zusammenarbeit mit Griechenland im Bereich der Agrarproduktion auszubauen. „Wenn wir diesen Weg gehen, werden wir unseren Agrarproduzenten nicht schaden, denn sie werden in diesen Prozess einbezogen“, sagte der Kremlichef.

Die vorige Regierung Griechenlands hatte im vergangenen Jahr die Sanktionen unterstützt, die die Europäische Union im Ukraine-Konflikt – auf Drängen der USA – gegen Russland verhängt hatte. Die neue griechische Regierung lehnte schärfere Sanktionen gegen Russland ab. Im März bat Griechenland Russland um eine Lockerung des Agrar-Embargos, das Moskau im August als Reaktion auf die EU-Sanktionen verhängt hatte. Kurz danach hieß es aus Moskau, dass eine Lockerung des Importverbots gegen einzelne EU-Staaten möglich wäre.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30123/65/301236508.jpg>

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

Dan-news.info: Der Oberste Gerichtshof der DVR hat 600 Bewerbungen von Menschen erhalten, die Richter werden wollen. Dies berichtete heute der Vorsitzende des Obersten Gerichtshof Eduard Jakubowskij.

„Derzeit haben wir 943 Bewerbungen von Menschen erhalten, die im Gerichtssystem der DVR arbeiten wollen. Darunter ungefähr 600 Bewerbungen von Menschen, die Richter werden wollen. Wir haben bestimmte Forderungen an die Kandidaten. Ein Menschen, der ein bezirksübergreifendes Gericht leiten will, muss älter als 25 sein und mindestens 5 Jahre juristische Arbeitserfahrung haben“.

Jakubowskij sagte, dass er nicht will, dass in den Gerichten der DVR ehemalige Richter ukrainischer Gerichte arbeiten.

„Wir bevorzugen frühere Assistenten der Gerichte, ehemalige Sekretäre von Gerichten, Rechtsanwälte, Mitarbeiter der Polizei“, sagte der Vorsitzende des Obersten Gerichtshof der DVR.

Er sagte, dass die Kandidaten für die Arbeit als Richter vom Sicherheitsdienst des Obersten Gerichtshof der DVR überprüft werden. An der Überprüfung nehmen auch Spezialisten des Innenministeriums, des Staatssicherheitsministeriums und Psychologen teil.

In Zukunft werden spezielle Prüfungen für Kandidaten für das Richteramt durchgeführt, sobald entsprechende Gesetze dazu beschlossen wurden.

Derzeit gibt es in der DVR einige bezirksübergreifende Gerichte, einen Schiedsgerichtshof, den Obersten Gerichtshof. Bis zum Sommer sollen in der Republik auch Militärgerichtshöfe eingeführt werden.

news-front.info: Der russische Außenminister Lawrow:

https://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=dRHZik0NvmY

abends:

de.sputniknews.com: Griechenland ist ein souveränes Land und hat laut Ministerpräsident Alexis Tsipras das Recht auf eine eigenständige Außenpolitik. „Wir dürfen unsere politische Rolle als ein europäisches, Mittelmeer- und Balkan-Land spielen“, erklärte Tsipras am Mittwoch in Moskau nach Verhandlungen mit Russlands Präsident Wladimir Putin.

„Wir achten unsere Verpflichtungen in allen internationalen Organisationen, an denen wir teilnehmen. Zugleich nutzen wir alle Möglichkeiten auf der internationalen Ebene, um die gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit zu fördern und die Interessen des griechischen Volkes zu schützen“, sagte Tsipras.

EU-Amtsträger hatten zuvor die Pläne des griechischen Regierungschefs kritisiert, mitten im Ukraine-Konflikt Russland einen Besuch abzustatten.

novorossia.su: Als Grundlage des Rechtssystems der Donezker Volksrepublik (DVR) diene die grundlegenden Prinzipien der sowjetischen Jurisdiktion. Dies sagte bei einer Pressekonferenz der Vorsitzende des Obersten Gerichts DVR Edward Jakubowski der Agentur "Novorosinform."

Ihm zufolge wird der Oberste Gerichtshof eine Aufsichts- und Revisionsinstanz nach den entsprechenden Kategorien der betrachteten Fälle sein. Die Grundlage für die Entwicklung der justiziellen Gesetzgebung der Republik wurde vom Sowjetsystem übernommen.

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.

In nächster Zeit wird der Volkssowjet der DVR drei Gesetzentwürfe zur Regelung der gerichtlichen Tätigkeit begutachten: der Oberste Gerichtshof, das Justizsystem und die Stellung der Richter.

Ukrinform.ua: Der Außenminister der Ukraine Pawlo Klimkin ist davon überzeugt, dass die Einführung der Friedensmission im Donbass im Interesse Russlands ist, wenn es beabsichtigt, der Logik der Minsker Vereinbarungen folgen.

Dies sagte er Reportern nach einem Treffen mit dem französischen Außenminister Laurent Fabius in Paris, berichtete unser UKRINFORM Korrespondent.

"Ich denke, dass es im Interesse Russlands ist, unsere Initiative, Friedenstruppen (in den Osten der Ukraine) einzuführen, zu unterstützen, natürlich nur, wenn Russland für die Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk ist", sagte der Minister.

Ihm zufolge versichert die ukrainische Seite, dass eine zivile oder militärische Mission notwendig sei, die nur für die Unterstützung der Minsker Vereinbarungen arbeitet. "Dort wird es eine teilweise Abrüstung, einen Deeskalationsprozess geben, wer soll den kontrollieren? Zu diesem Zweck hat man solche Missionen in ähnlichen Konfliktsituationen geschaffen, denken Sie an den Konflikt auf dem Balkan und anderswo", sagte der Minister.

Ihm zufolge hat Russland bereits der Notwendigkeit der Verstärkung der OSZE-Beobachtermission, die andere Prozesse im Donbass überwachen wird, zugestimmt. Jedoch arbeitet, Klimkin zufolge, die spezielle OSZE-Beobachtungsmission nicht nachts, wenn ukrainische Positionen beschossen werden, sie verfügt nicht über die technischen Kapazitäten und kann den Minsk-Prozess nicht begleiten.

"Eben dafür ist eine militärische oder zivile Mission der Vereinten Nationen oder der Europäischen Union notwendig", sagte der Leiter des Außenministeriums. Ihm zufolge würde eine Blockierung der Umsetzung der Friedensmission durch Russland im UN-Sicherheitsrat die Umsetzung des Minsker Abkommens gefährden. "Blockiert Russland die Entscheidung, wer wird dann den Minsk-Prozess umsetzen, wer den Aufbau der Rechtsstaatlichkeit überwachen, wer mit den so genannten "Volksmilizen" zusammenarbeiten und so weiter?", sagte er und fügte hinzu, dass dies auch am Montag bei einem Treffen mit Ministern des "Normannischen Formats" in Deutschland diskutiert werden wird.

Klimkin sagte, dass nach dem Treffen in Berlin die Parteien weiter diskutieren werden.

"Niemand sonst bietet eine logische Entscheidung darüber an, wer genau diesen Prozess (Minsk) begleiten kann", sagte er.

Nutzungshinweis:

Die von uns angefertigten Übersetzungen geben wir ausschließlich zur nichtkommerziellen Nutzung frei.